



„Raus aus dem Gas heißt letztlich auch in Tirol die Notwendigkeit neuer Fernwärme-Kraftwerke, denn die Physik lässt sich nicht austricksen.“

Tiwag-Chef Erich Entstrasser fordert eine sachliche und offene Diskussion über die Energie-Zukunft. Foto: Tiwag/Vandory



Die Wirtschaft will Genehmigungsverfahren schneller abschließen. Foto: APA

## Wirtschaft will effizientere Verfahren

**Wien** – Die Wirtschaftskammer Österreich (WKO) präsentierte gestern mit Industriellenvereinigung (IV) und der Interessenvertretung der E-Wirtschaft, Oesterreichs Energie, Vorschläge, wie im Zuge der Klima- und Energiewende wichtige Projekte künftig rascher umgesetzt werden können. WKO-Generalsekretär Karlheinz Kopf monierte, dass mit Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren (UVP) von fünf bis zehn Jahren bis zur Genehmigung die Klima- und Energiewende nicht zu schaffen sei. So würden sich im langjährigen Durchschnitt UVP-pflichtige Projekte mit einer Investitionssumme von mindestens 15 Mrd. Euro in der Pipeline befinden. „Die UVP darf nicht weiter ein Verhinderungsinstrument für Vorhaben sein, die eine Transformation ermöglichen und für den Standort enorme Bedeutung haben“, so Kopf.

„Es sind unter anderem zeitgemäße Kundmachungsvorschriften unter verstärkter Nutzung des Internets, das digitale Zuschalten von Sachverständigen und ein Ende des Nachschiebens von

Beschwerdegründen nach Ablauf der Beschwerdefrist notwendig“, betonte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Wichtig sei außerdem die „sachgerechte Weiterentwicklung und demokratische Legitimierung“ der Regelungen zu Bürgerinitiativen sowie die Beschränkung von NGOs in Verfahren auf ihren sachlichen Wirkungsbereich. Zudem fordern WKO, IV und Oesterreichs Energie einen sogenannten „Fast Track“ für Energieprojekte im besonderen öffentlichen Interesse. Weiters brauche es einen besseren Zugang zu Unterlagen bei den Behörden. „Maßgeblich sollte auch der Stand der Technik zum Zeitpunkt der öffentlichen Auflage des Projekts sein“, meint Barbara Schmidt, Generalsekretärin von Oesterreichs Energie.

Kopf verwies auch darauf, dass für den Ausbau der erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Infrastruktur in Österreich bis 2030 Investitionen von mehr als 70 Mrd. Euro nötig sind. Mit den derzeitigen Parametern im UVP-Gesetz könne die Wende nicht erfolgen. (TT)

## Energie bleibt sehr teuer, Ausbau-Ziele „ein Rätsel“

Mehr Umsatz, aber etwas weniger Verbrauch und Gewinn meldet die Tiwag. Die Energiewende sorgt für Turbulenzen auf den Märkten.

Von Alois Vahmer

**Innsbruck** – Rein operativ sei 2021 ein weitgehend normales Jahr gewesen, sagt Tiwag-Vorstandsvorsitzender Erich Entstrasser zur TT. Corona-bedingt sei die Stromabgabe in Tirol geringfügig um 1 bis 2 Prozent zurückgegangen, vor allem wegen der Lockdowns im Tourismus. Das letzte Quartal 2021 war dann von explodierenden Strom- und Gaspreisen geprägt. Der Konzernumsatz der Tiwag dürfte trotzdem auf über 1,2 Mrd. Euro gestiegen sein.

Der operative Konzerngewinn (EBIT) könnte leicht unter dem Vorjahr (2020 rund 130 Mio. Euro) zu liegen gekommen sein, wobei das Ergebnis der Gas-Tochter Tigas durch marktpreisbedingt teure Einkäufe massiv unter Druck geraten sei. Wie hoch die Dividende an den 100-Prozent-Eigentümer Land Tirol für 2021 ausfallen wird, soll bei der Hauptversammlung im Mai fixiert werden. Für 2020 waren 35 Mio. Euro in die Landeskasse gezahlt worden.

An der Preisfront erwartet Entstrasser bis auf Weiteres keine Entspannung. „Derzeit sehe ich keine Hoffnung auf deutlich sinkende Preise, diese werden auch im neuen Jahr hoch volatil bleiben.“ Viele Betriebe hätten aufgrund der kräftig gestiegenen Preise größere Probleme, den Konsumenten steht, wie berichtet, mit Juni eine Preiserhöhung ins Haus. Nach einigen OGH-Urteilen gebe es nun in beide Richtungen, also für Erhöhungen und Senkungen, fixe Regeln und somit einen transparenten



Österreichs Energiewirtschaft steht vor riesigen Aufgaben. Foto: Böhm

Automatismus. Die Stromrechnung für einen durchschnittlichen Standardkunden wird sich mit Juni um 6 bis 8 Prozent erhöhen, wegen des angekündigten Wegfalls diverser staatlicher Aufschläge (Ökostromförderbeitrag, Ökostrompauschale) werde es insgesamt auf ein Jahr durchgerechnet für den Standardkunden sogar billiger, so Entstrasser. Tirol und Vorarlberg würden bei den Preisen im Österreich-Vergleich jedenfalls weiter im untersten Drittel bleiben. Wegen des entfallenden Spielraums wer-

de die Zahl der Stromanbieter wohl zurückgehen, glaubt der Tiwag-Chef.

In den Jahren 2022 bis 2026 will die Tiwag in Summe 1,7 Mrd. Euro in verschiedene Kraftwerke (größtes Projekt ist der Ausbau von Sellrain-Silz), den Ausbau der Wärmeversorgung und die Errichtung von PV-Anlagen investieren, das GKI im Oberen Gericht, Tumpen-Habichen und die Erweiterung des Kleinwasserkraftwerks Schwarzach in Osttirol sollen noch heuer fertig werden. Tirol sei auch dank des Kur-

ses der schwarz-grünen Landesregierung beim Wasserkraft-Ausbau gut unterwegs: „So viel wurde seit Jahrzehnten nicht gebaut.“ Die vom Bund geplanten Öko-Ziele hält Entstrasser hingegen für kaum realisierbar. Bis 2030 will man ja komplett auf Ökostrom umstellen, was einen Zubau von 27 Terawattstunden (27 Mrd. Kilowattstunden) Wasserkraft (5 Terawattstunden), Photovoltaik, Windanlagen und Biomasse erfordern würde. Tirol schaffe mit dem Tiwag-Ausbauprogramm etwa 1 Terawattstunde zusätzliche Wasserkraft, sonst gebe es aber kaum genehmigte und baureife große Wasserkraftprojekte, die bis 2030 in Betrieb gehen können. „Woher die restlichen 4 Terawattstunden Wasserkrafterzeugung in Österreich bei den jetzigen Verfahrensdauern also kommen sollen, ist mir ein Rätsel.“

Ebenfalls kaum schaffbar seien, wenn man die langen Verfahren und Widerstände in der Bevölkerung ansehe, die bundesweiten Ausbauziele für Windkraft und Photovoltaik (z. B. auf Freiflächen). Beim Wind müsste das Volumen bis 2030 verdreifacht, bei Solar sogar verzehnfacht werden.

Der Umstieg auf E-Mobilität und Wärmepumpen erfordere viel mehr Strom, und ein gefordertes Raus aus dem Gas heiße letztlich neue Fernwärme-Kraftwerke, denn die Physik lasse sich nicht austricksen. Wärmekraftwerke müssten in Tirol dann z. B. im Inntal errichtet werden, was es dann bei der Bevölkerung auch erst durchzusetzen gelte, so Entstrasser.

## Ölpreise hoch wie zuletzt 2014

**Wien, Innsbruck** – Die Preiskurve am Ölmarkt setzt sich fort. Bei den Ölpreisen ging es am Dienstag weiter steil nach oben. Auch Benzin und Heizölpreise bleiben auf hohem Niveau. Die Nordseesorte Brent verteuert sich weiter und erreicht am Morgen mit 87,60 Dollar (77 Euro) je Barrel das höchste Niveau seit Oktober 2014. Ein Fass kostete damit knapp ein Prozent mehr als am Montag. Auch die amerikanische Sorte West Texas Intermediate wurde teurer – hier stieg der Preis auf 85,70 Dollar (75,24 Euro).

Als Gründe für den jüngsten Preisanstieg gelten neben der Angebotsknappheit auch die zunehmenden geopolitischen Spannungen im Mittleren Osten. So gab es

am Montag etwa einen Drohnenangriff auf ein Öldepot in Abu Dhabi.

Die Ölpreise befinden

sich seit einiger Zeit auf einem Höhenflug. So stieg der Brent-Preis alleine in den ersten Wochen in diesem

### Ölpreis - Entwicklung seit 2014

Sorte Brent, Dollar pro Fass



Grafik: APA APA

Jahr um rund zwölf Prozent, nachdem der Kurs im vergangenen Jahr um rund die Hälfte angezogen hatte. Seit dem Tief im Corona-Crash im Frühjahr 2020 summiert sich das Plus auf fast 450 Prozent.

Auch an den Tankstellen ist der Trend deutlich spürbar: Für einen Liter Super müssen in Tirol bei den günstigsten zehn Tankstellen schon zwischen 1,369 Euro und 1,409 Euro bezahlt werden. Bei Diesel sind mindestens zwischen 1,339 und 1,398 Euro zu berappen. Das zeigt der Spritpreisrechner des Wirtschaftsministeriums. Heizöl verteuerte sich am Dienstag um +41% auf 91,84 Euro pro 100 Liter. Vor genau einem Jahr waren dafür gut 62 Euro fällig. (wer, APA, dpa)



### Ökostrom-Branche übt Kritik

Vertreter der Erneuerbaren-Branche kritisieren das Fehlen der Verordnung für den Investitionszuschuss im Rahmen des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) und sehen dadurch den Ökostrom-Ausbau auf Eis gelegt. „Die Verordnung ist umgehend in Begutachtung zu schicken und so rasch wie möglich in Kraft zu setzen“, so Martina Prechtl-Grundnig, Geschäftsführerin des Dachverbands EEÖ. Das Ministerium verweist auf umfangreiche fachliche Arbeiten, um sie möglichst rasch fertigzustellen. Foto: imago images